

Offener Brief an den Ersten Bürgermeister, die Zweite Bürgermeisterin und die Senator*innen des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg

Sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister,
sehr geehrte Frau Zweite Bürgermeisterin,
sehr geehrte Senator*innen,

die Coronakrise belastet uns alle. Bis ein Impfstoff verfügbar ist, werden Monate oder gar Jahre vergehen. So lange müssen wir uns darauf einstellen, mit der Pandemie zu leben. Wir anerkennen die bisherigen Anstrengungen des Hamburger Senats und der Bundesregierung zum Schutz der Gesundheit aller Menschen in Hamburg, Deutschland und darüber hinaus.

Als Familien, als Berufstätige und als Bürger*innen der Stadt Hamburg liegt es uns besonders am Herzen, dass jetzt unverzüglich mittel- und langfristig realistische Lösungen für den Bildungs- und Betreuungsbereich gefunden werden. Diese müssen das Wohl der Kinder, der Eltern und der Lehrer*innen und Erzieher*innen in balanciertem Maße berücksichtigen. Die aktuellen Konzepte für Schulen, Ganzttag und Kitas sind unzureichend. Der Präsenzunterricht von wenigen Stunden pro Woche und die vorgegebenen Hygienepläne belasten alle Beteiligten und sind in vieler Hinsicht unpraktikabel. Ganzttag und Kitas bieten nach wie vor nur eine stark eingeschränkte Betreuung an, die lediglich von einem Bruchteil von Familien genutzt werden kann.

Wir fordern deshalb, dass ab sofort und spätestens für das nächste Schuljahr 2020/21 neue, tragfähige Konzepte für Bildung und Betreuung in Hamburg entwickelt werden mit den Zielen...

... einer nachhaltigen **Sicherstellung des Rechts auf Bildung** für knapp 200.000 Schüler*innen in Hamburg gemäß Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in Kombination mit Artikel 7 Abs. 1 GG, so dass wieder alle Schüler*innen mit zeitgemäßen pädagogischen Ansätzen erreicht werden,

und...

... einer zügigen **Rückkehr zu verlässlicher Ganztagsbetreuung** entsprechend § 6 KibeG bzw. § 13 HMBSG und im Sinne eines Lebens mit der Pandemie, so dass berufstätige Eltern ihrer beruflichen Tätigkeit wieder uneingeschränkt nachkommen und damit zum Wohl der Hamburger Wirtschaft beitragen können.

Das bedeutet konkret:

- **Realistische Hygienevorgaben** auf Basis neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse über die Pandemie und unter Berücksichtigung der räumlichen Bedingungen der Ham-

burger Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, v.a. für Quadratmeter / Person¹ sowie für Beschäftigungsvorgaben / -einschränkungen für Angehörige von Risikogruppen - im Einklang mit den Vorgaben im öffentlichen Raum und für andere Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft.

- Pädagogisch fundierte **Konzepte für „blended learning“** unter Verwendung von modernen digitalen Lehr- und Lernmethoden einerseits und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Selbstlernkapazitäten in Familien andererseits. Dazu gehören auch die kostenlose Bereitstellung von digitalen Endgeräten durch Bildungseinrichtungen und die Entwicklung von kreativen Lösungen für soziales und kulturelles Lernen “mit Abstand” (z.B. für Gruppenzusammenhalt).
- Eine **Abschätzung der zusätzlichen Raum- und Personalbedarfe** für Lehrer*innen und Erzieher*innen pro Einrichtung, insbesondere eine Abschätzung der „Betreuungslücke“ zwischen Schule und Ganzttag sowie in Kitas

Anmerkung: Auf Basis erster Schätzungen unsererseits erwarten wir unter den jetzigen Bedingungen einen zusätzlichen Raumbedarf von plus 50% / Einrichtung für Unterricht und Ganzttag sowie über einen Mehrbedarf an Personal von mindestens 30%. Zur Deckung des Raumbedarfs sollte unbedingt auch über Konzepte wie projektbasiertes Lernen oder Lernen an anderen Orten nachgedacht werden.

- Für das Schuljahr 2020/21 ein durch die Stadt koordiniertes und finanziertes Programm für
 - **Bereitstellung zusätzlicher Räume** (z.B. freie städtische Gebäude, Container)
 - kurzfristige Finanzierung und Organisation eines zusätzlichen **Lernbetreuungsprogramms** für Schulen (z. B. Lernzeiten mit „loser“ Betreuung der Schüler*innen durch Student*innen, Abiturient*innen, Mitarbeiter*innen aus dem Kulturbereich o.ä.)
 - mittel- und langfristige **Aufstockung der Personalausstattung** für Kitas und Ganzttag
 - einheitliche **Pandemie-Eskalationspläne** für den zukünftigen Umgang mit insbesondere a) einzelnen Infektionsfällen und b) einer „zweiten Welle“

* * *

Klar ist inzwischen:

- Die aktuelle Situation geht zu Lasten von ohnehin benachteiligten Kindern und Familien. Diese leiden nicht nur unter Bildungs- und Betreuungsdefiziten, sondern sind oft auch steigender Gewalt und psychischen Belastungen ausgesetzt.
- Die - finanziellen und emotionalen - Kosten der unzureichenden Lösungen für die Familien werden insbesondere von Frauen getragen, so dass über Jahrzehnte erreichte Fortschritte in der Gleichberechtigung binnen Wochen zerstört werden.

¹ *Rechenbeispiel Flächenbedarf:* Eine durchschnittliche vierzügige Grundschule in Hamburg mit ca. 400 Schüler*innen hat laut Musterflächenplan für allgemeinen Unterricht rund 1.600m² zur Verfügung, davon allerdings i.d.R. maximal 1.200m² in Klassenräumen von ca. 50-80m². Bei einer (unrealistischen) minimalen Übersetzung des Abstandsgebots in einen Platzbedarf pro Kind von 2,25m² würden diese Flächen ohne weiteres ausreichen, um normale Klassenstärken zu unterrichten; bei einer Vorgabe von 10m² / Kind (entsprechend den aktuellen Vorgaben für Ladengeschäfte) dürften allerdings maximal 6-7 Kinder pro Klassenraum unterrichtet werden. Hier braucht es eine vernünftige Vorgabe!

Wir appellieren an die Politik: Die Bildungsschere darf sich nicht noch weiter öffnen! Wir dürfen weder das Wohl der nächsten Generation noch die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik aufs Spiel setzen - auch nicht in einer Krise.

Wir fordern die Politik auf zu handeln: Bildung und Betreuung sind eine gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe, die wir nicht ins Private abschieben dürfen - und schon gar kein nachgelagertes Problem!

Wir erwarten, dass die neuen Konzepte auf Hygienevorgaben beruhen, die auf neuesten wissenschaftlichen Studien basieren, und behördenübergreifend sowie mit Beteiligung von Betroffenen und von Best-Practice-Einrichtungen gemeinsam entwickelt werden. Diese zukünftigen Konzepte müssen echte Hilfestellungen für Kinder, Eltern sowie Lehrer*innen und Erzieher*innen sein - mit zeitgemäßen pädagogischen Ansätzen und modernen digitalen Lösungen.

Wir sind bereit mitzuhelfen, aber wir sind nicht bereit, die unerträgliche Situation weiter hinzunehmen. Nicht als Familien, nicht als Berufstätige - und nicht als Bürger*innen der Stadt Hamburg mit nachhaltigem Interesse am Wohlergehen unserer Stadtgesellschaft.

Hamburg, am 18. Mai 2020

Dr. Anja V. Hartmann	Britta von Schultz	
Anja Haegele-Hornig	Anna Pinkerneil	Anne Lahann-Hölscher
Dr. Armgard Seegers	Beatrix Thann-Koch	Burkhard Glashoff
Dipl.-Psych. Carola Genske-Rabe	Carsten Neitzel	Dr. Cathrin Sikor
Daniela Meissler	Donata Stürken	Iris Gietzelt
Jens de Buhr	Jens Mitzscherlich	Julia Sasse
Karin Leibrock	Dr. med. Katrin Flohr	Katrin Burseg
PD Dr. med. Katrin Schröder	Katja Kraus	Dr. Katrin Suder
Prof. Dr. Larissa Krex	Malte Greve	Manfred Miglbauer
Maria Conzelmann	Dr. Miriam Krieger	Mirja Bauer
Dr.-Ing. Olaf Rupp	Dr. Rixa Dippe	Sonja Ostendorff-Rupp
Stefan Hornig	Steffen Conzelmann	Sven-Olof Reimers
Silvia Funke	Sven Töllner	Thurid Kahl
Dr. med. Tina Busch	Tobias Lucht	

Wenn Sie diesen Offenen Brief unterstützen wollen, senden Sie ihn bitte mit Ihrer Unterschrift an das Bürgerbüro des Ersten Bürgermeisters (buengerbuero@sk.hamburg.de) und setzen uns dabei in Kopie (202005offenerbriefhh@gmx.de).

Wenn Sie an der Lösungsfindung mitarbeiten wollen oder Rückfragen haben, erreichen Sie uns über 202005offenerbriefhh@gmx.de.